

Wie Corona soziale Probleme erhellt



Ueli Mäder

Vielleicht leben Sie, wie ich, relativ bescheiden. Sie treiben Sport, gehen ab und zu ins Theater, genehmigen sich nachher noch einen Umtrunk und verbringen Ihre Ferien in den Bergen oder am Meer. Da läppert sich wohl einiges zusammen. Und was uns dabei so selbstverständlich erscheint, erweist sich im Corona-Jahr 2020 als Luxus. Die Pandemie zeigt, wie privilegiert wir sind. Die einen sind es mehr, die anderen weniger.

Corona trifft uns alle, allerdings unterschiedlich. Wer mit Kindern in einer engen Wohnung lebt, erfährt das Homeoffice anders als andere, die über mehr Raum verfügen. Wer zudem prekär beschäftigt ist, läuft eher Gefahr, die Anstellung ganz zu verlieren. Und wer knapp bei Kasse und gesundheitlich beeinträchtigt ist, muss die Viren besonders fürchten. Mit steigendem Einkommen nimmt hingegen das physische und psychische Wohl zu. Und wer materiell gut ausgestattet ist, hat mehr Reserven. Er kann sich in Krisen einfacher einschränken. Corona führt uns das vor Augen. Die Pandemie beleuchtet soziale Probleme. Sie deckt diese aber zu, wenn sie soziale Gegensätze tabuisiert.

Die Pandemie verdeutlicht soziale Ungleichheit

Ende Oktober 2020 veröffentlichte der Bund die neuste Vermögensstatistik. Auf 0,3 Prozent der privaten Steuerpflichtigen kommt ein Drittel der Reinvermögen. Mehr als die Hälfte der Steuerpflichtigen verfügt jedoch über weniger als 1,5 Prozent der Vermögen. Die Kluft ist krass und längst bekannt. Die oberen Vermögen haben sich in den letzten 30 Jahren weiter konzentriert und von den unteren abgehoben. Zu Beginn der Corona-Pandemie verringerten Börseneinbrüche zwar die Vermögensunterschiede. Dieser Effekt dauerte jedoch nur kurz an. Ähn-

lich wie bei der Finanzkrise im Jahr 2008. Stärker ins Gewicht fallen nun die Einbussen bei den unteren und mittleren Einkommen. Zum Beispiel in der Gastronomie, der Event- und Kulturbranche. Hier sind Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit besonders verbreitet. Damit nimmt auch die Nachfrage nach Sozialhilfe zu. Vor allem durch Selbständigerwerbende mit niedrigen Löhnen. Laut Schweizerischer Konferenz für öffentliche Sozialhilfe (SKOS 2020) steigt die Zahl der Sozialhilfe-Abhängigen von heute 280 000 Personen auf etwa 370 000 im Jahr 2022. Die Pandemie akzentuiert die soziale Ungleichheit, die oft vernachlässigt wird.

«Corona trifft wenigstens alle, weil die Viren keinen Unterschied zwischen Arm und Reich machen», sagte mir eine Frau, die auf Sozialhilfe angewiesen ist. Sie nimmt die Krise «wie eine ausgleichende Gerechtigkeit» hin. «Nein, es sind doch immer wieder die Gleichen, die doppelt geprellt werden», entgegnet ihre älteste Tochter. Zu Recht? Nun, die Pandemie schränkt die meisten Menschen ein. Fast alle müssen auf Ausflüge und Feste verzichten. Soziale Kontakte verringern und verlagern sich. Die ungewisse Zukunft

verunsichert. Ob einem jedoch die Decke auf den Kopf fällt, hängt wesentlich von der sozialen Herkunft, Lebenslage und gesundheitlichen Disposition ab.

Laut Swiss Corona Stress Study (Uni Basel 2020) häufen sich mit Corona depressive Symptome. Fast die Hälfte der Befragten fühle sich heute trotz gelockelter Massnahmen gestresster denn vor der Pandemie. Die Deutsche Akademie für Kinder- und Jugendmedizin (2020) weist ferner darauf hin, wie Corona die Lebenswelten von Heranwachsenden beeinträchtigen kann; besonders unter Bedingungen von Quarantäne und elterlicher Erwerbslosigkeit. Weitere Faktoren kommen hinzu. Zum Beispiel der unterschiedliche Zugang zur elektronischen Kommunikation. Er beeinflusst auch schulische Leistungen und individuelle Bewältigungskonzepte. «Ohne Laptop wäre ich aufgeschmissen», sagte mir ein Fünfzehnjähriger, der den unbeschweren Ausgang mit Kollegen vermisst. Die etwas ruhigere Zeit habe allerdings auch Vorteile. Sie helfe ihm, sich mehr auf das zu konzentrieren, was er sonst noch gerne tue. Und das sei eigentlich super, falls zeitlich einigermaßen absehbar.



Roche-Hochhaus. Foto: Karin Hirschi

Unterschiedliche Perspektiven

Der Schweizer Bundesrat befasst sich intensiv mit der Corona-Krise. Er schützt gesundheitliche und wirtschaftliche Anliegen. Anfänglich mussten mehr Menschen daheim bleiben. Die einen konnten recht gut näher zusammenrücken. Andere fühlten sich isoliert. Verstimmungen häuften sich. Das geschieht in Krisen oft. Mehr soziale Distanz führt zu Trennungen. Weniger geselliges Miteinander verstärkt aber wiederum das Bedürfnis nach sozialen Banden. Daran lässt sich anknüpfen. Der Bundesrat tat dies in enger Absprache mit den Kantonen. Er weitete die persönlichen und wirtschaftlichen Spielräume wieder etwas aus. Im Sinne einer Gratwanderung. Sie verläuft zwischen erhöhter Eigenverantwortung und politisch vereinbarten Verbindlichkeiten.

Die Corona-Politik ist ein Wagnis. Sie beeindruckt mich. Wie die Haltung breiter Bevölkerungskreise. Wir leben in einer stark konsumorientierten und finanzgetriebenen Welt, in der das Geld und das ökonomische Wachstum dominieren. Trotzdem sind Wirtschaft und Gesellschaft bereit, sich erheblich einzuschränken, um gefährdete Gruppen besonders

zu schützen. Das ist nicht selbstverständlich. Gewiss gibt es immer wieder Widerstände gegen zentrale Auflagen. Das gehört zu demokratischen Prozessen und einer Kultur der Auseinandersetzung. Delegierte Machtbefugnisse laufen stets Gefahr, sich zu verselbständigen. Sie verlangen daher viel Transparenz und kritische Korrektive.

Corona fordert uns alle heraus. Die Krise verstärkt auch Konflikte und Kontroversen. Die einen wollen alles möglichst rasch hochfahren. Das ist eine Option. Sie betrachtet, verkürzt formuliert, unsere Gesellschaft als eine Maschine, die mechanisch funktioniert und permanent die Effizienz optimiert. Dahinter steckt ein Menschenbild, das sich am unmittelbar Nützlichen orientiert. Materielle Anreize sollen den Wohlstand ankurbeln. Egal, wie unser Konsum die Umwelt strapaziert. Es gilt, möglichst viel zu produzieren. Das zählt. Und so verkommen selbst soziale Wesen zu Waren. Die forcierte «Zweck-Rationalität» verletzt vor allem ältere und beeinträchtigte Menschen. Sie unterläuft auch die gesellschaftliche Solidarität. Daher müssen wir immer wieder fragen, wie normal diese eng geführte Normalität ist.

Corona eröffnet zum Glück auch eine andere Sicht. Die Krise zeigt, wie hilfreich einfache Handreichungen sind. Und zwar unabhängig davon, ob sie offiziell «systemrelevant» sind. Unsere Gesellschaft lebt von unzähligen Menschen, die sich sozial verhalten. Damit ihre Anstrengungen zum Tragen kommen, sind auch soziale Strukturen und ein verlässlicher Service public nötig. Der liberale Vordenker John Rawls postulierte schon vor 50 Jahren eine gerechte Gesellschaft, die einen sozialen Ausgleich für alle anstrebt und Benachteiligte besonders unterstützt. Corona deckt soziale Probleme auf und erhellt, wie wertvoll soziale Leistungen sind. (Sie fördern den gesellschaftlichen Zusammenhalt zwischen Jung und Alt. Unvergesslich bleibt für mich, wie uns Lena, ein Nachbarskind, im Corona-Jahr 2020 ab und zu selbst gebackene Guetzli vor die Wohnung stellte.)

Prof. Dr. Ueli Mäder

Ueli Mäder ist Soziologe und emeritierter Professor der Universität Basel